

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich von 6 Uhr bis zum nächsten Tag. Bezugspreis: Bei Abholung zu Hause 1,20 Mk., bei Postbestellung 1,30 Mk. im Monat, bei Jahresbestellung 12,00 Mk. Einmalige Anzeigen werden nach Maßgabe des Preiskurses berechnet. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Druckarbeiten nicht verantwortlich. — Abnahmebedingungen sind in jeder Nummer zu finden. — In Halle über den Ort, in dem die Zeitung bestellt wird, ist die Lieferung der Zeitung über den Postweg zu gewährleisten. — Abnahmebedingungen sind in jeder Nummer zu finden.

Wagnispreis: Die Spaltenpreise betragen 20 Cent pro Zeile, die Spaltenpreise für die amtlichen Bekanntmachungen 40 Cent pro Zeile, die Spaltenpreise für die amtlichen Bekanntmachungen 40 Cent pro Zeile. Nachveröffentlichung 20 Cent pro Zeile. — Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. — Druck: General-Druckerei Wilsdruff, Dresden. — Abnahmebedingungen sind in jeder Nummer zu finden.

Nr. 100. — 84. Jahrgang. — Wilsdruff-Dresden. — Donnerstag, 30. April 1925.

Ein neuer Vorwand.

Von besonderer Seite wird uns zu neuen aus Frankreich kommenden Vorwänden für die Nichträumung des Rheinlandes geschrieben:

Bei der Stellungnahme des Auslandes zu der Wahl Hindenburgs wird überraschend oft dargelegt, daß eigentlich — die Entente an diesem Wahlausgang schuld sei. Die Art und Weise, wie Deutschland namentlich von Frankreich behandelt worden sei, habe zu einer scharfen Gegenüberung des deutschen Selbstbewußtseins geführt und sich in der Wahl Hindenburgs veräußert. Lloyd George spricht von dem „Resultat der Poincaristischen Methoden“, und derartige Äußerungen befinden sich in anderen englischen Zeitungen auffallend zahlreich.

Besonders wichtig ist es natürlich, die offizielle englische Ansicht über die Wahl Hindenburgs und die sich daraus ergebenden politischen Folgen kennenzulernen. Inoffiziell war schon am Tage nach der Wahl verbreitet worden, daß die Wahl Hindenburgs die Ausführung des Dawes-Planes ebensowenig fördern werde wie die Verhandlungen über die deutschen Vorschläge für einen Sicherheitspakt. Die „Morningpost“, die man wohl als das Organ des englischen Ministerpräsidenten Baldwin bezeichnen darf, führt aber an, daß man in England hoffe, das Ergebnis der Wahl werde den Sicherheitspakt nicht zum Scheitern bringen, könne aber die Schwierigkeiten bei den Verhandlungen noch vergrößern. Wichtiger als dieser vorsichtige Satz ist aber die Anregung der „Morningpost“ an die Alliierten, „das Faustpfand des Rheinlandes nicht zu lockern und die Grenzwehr nicht zu vermindern“. Dem entsprechen Ausführungen, die der französische Außenminister Briand dem Berichterstatter eines englischen Blattes gegenüber gemacht hat. Briand erklärt nämlich, daß zwar England und Amerika von dem Sieg Hindenburgs überrascht seien, nicht aber Frankreich, das auf einen Sieg von Marx nicht spekuliert habe. Briand sagt dann hinzu, daß man noch keine sofortige Änderung der deutschen Außenpolitik erwarten werde, daß auch die glatte Anwendung des Dawes-Planes durch Deutschland eine Störung nicht erfahren werde. Aber weiter deutet Briand an, daß man die Militärkontrolle der deutschen Rüstungen fortsetzen müsse. Außerdem könne es gleichfalls notwendig sein, „gemeinsam mit unseren Alliierten unsere Wacht am Rhein zu verhalten“. Und womit „begründet“ Briand diese „Notwendigkeit“? Es sei wahrscheinlich, sagt er, daß der neue Präsident viele seiner alten militärischen Genossen in die Wilhelmstraße berufen werde. Das ist die ganze Begründung. Nicht ein Wort mehr. Daß die Militärkontrolle in Deutschland fortgesetzt wird, wissen wir längst. Und wird sich vereinst einmal die Entente dazu entschließen, ihre gegen den klaren Wortlaut des Versailler Vertrages und außerdem gegen jeden Sinn und Verstand immer wieder verlängerte eigene Militärkontrolle aufzuheben, so tritt an die Stelle dieser Entente-Kontrollkommission eine Kommission des Völkerbundes, die sich vermutlich von ihrer Vorgängerin nur durch — den Namen unterscheiden wird. Und noch dadurch, daß ein paar Polen und Tschechen als Kontrollleute hinzutreten. Der Entwurf, den man hierüber in Genf bereits zutage gefördert hat, entspricht ja den weitgehenden französischen Forderungen. Diese Forderung Briands wird also in Deutschland nur einem bitteren Lächeln begegnen, namentlich auch angesichts der Tatsache, daß der berühmte Bericht der Kontrollkommission immer noch nicht veröffentlicht worden ist, jetzt, nachdem fast vier Monate seit jenem Tage verstrichen sind, da die Entente die Nichträumung des Rheinlandes als einen wesentlichen Bestandteil der Versailler Verträge betrachtet. Ebenfalls ist es mit jener „Begründung“ für ein weiteres Stehenbleiben am Rhein. Wir sind es ja längst gewohnt, daß der Versailler Vertrag nur dann mit Hilfe von Sanktionen und Retorsionen an uns ausgeführt wird, wenn er uns Pflichten auferlegt, daß aber niemand daran denkt, welche Rechte Deutschland in jenem Vertrag zugeteilt erhalten hat. Mit welchen Ausflüchten hat man nicht schon die Nichträumung des Ruhrgebietes und der Kölner Zone zu begründen versucht! Einmal waren es ein paar verrostete Gewehrläufe, dann wieder der angebliche feierliche Geist Deutschlands, das „feilsch gar nicht daran denke, abzurufen“. Daß wir militärisch bis zu einem lächerlichen Grade abgerüstet sind, wagt man ja doch nicht mehr zu bestreiten. Außerdem aber verlangt man auch diese berühmte feilsche Abrüstung, auf gar deutsch eine Unterwerfungserklärung in allem in Deutschland als Voraussetzung dafür, daß nun die Entente ihre Verpflichtungen erfüllt! Die Wahl Hindenburgs bedeutet nach seiner eigenen Erklärung einen Wechsel der Außenpolitik nicht, kann einen solchen außerdem verfassungsmäßig gar nicht bedeuten, weil die Führung der Außenpolitik Sache der Regierung ist, nicht des Reichspräsidenten. Daß Deutschland an jenen Vorschlägen für die Schaffung eines Sicherheitspaktes festhält, die doch von uns selbst stammen —, das alles weiß man, aber man freut sich eines neuen Vorwandes! Und wäre es dieser Vorwand nicht, so wäre es eben ein anderer. Oder auch gar keiner. Man hat die Macht, zu handeln, wie man will, und das ist genug. Darin hat Baldwin zweifellos recht, daß jene Verhandlungen sich jetzt schwieriger gestalten werden, aber nicht, weil Hindenburg gewählt ist, sondern weil Frank-

Die Botschafter-Konferenz und der Bericht Sochs.

Paris, 29. April. Die Botschafterkonferenz tritt heute am Quai d'Orsay zur Prüfung des Hoch-Gutachtens über den Schlußbericht der Kontrollkommission zusammen. Die Aussprache wird, wie „Petit Journal“ schreibt, mehrere Sitzungen in Anspruch nehmen. Die neue französische Regierung befristete entschieden die Veröffentlichung des Berichtes der Kontrollkommission und werde darauf bestehen, daß die Veröffentlichung so schnell wie möglich erfolge. Die französische Regierung wolle außerdem veranlassen, daß Deutschland aufgefordert werde, eine Reihe bestimmter, mit der Abrüstung zusammenhängender Forderungen in einem Zeitraum von höchstens drei bis vier Monaten zu erfüllen. In der Zwischenzeit werde selbstverständlich die Militärkontrolle in der jehigen Form aufrechterhalten und auch die Besetzung der Kölner Zone durch die britischen Truppen fortbauern.

Dr. Hellpach begrüßt Hindenburg.

Eigener Fernsprecheinstellung des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Karlsruhe, 29. April. Auf einem am Dienstagabend von der Wirtschaftlichen Vereinigung der Unternehmerverbände Badens veranstalteten parlamentarischen Abend hob Staatspräsident Dr. Hellpach bei der Begrüßung der etwa 300 erschienenen Vertreter des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft hervor, die deutsche Nation habe ihren größten politischen Kampf durchgemacht. Jetzt gelte die Lösung, die Waffen ruhen zu lassen. Als Vertreter der Demokratie bekenne ich mich zu dem Grundsatze, daß, nachdem die Nation gesprochen hat und die Wahlkampagne beendet ist, die Wogen des politischen Kampfes dem Oberhaupt des deutschen Reiches nicht mehr hinaufgeschlagen dürfen. Es gibt nur noch eine zulässige Haltung: die Ehrerbietung. Wir grüßen in dieser Stunde das neue Reichsoberhaupt in gemeinsamer Verehrung. (Lebhafte Beifall und Zustimmung.) Der Präsident des badischen Landtages Dr. Baumgärtner knüpfte

in seiner Ansprache an die Worte Hellpachs an und betonte, daß auch die Zentrumspartei, die in diesem Wahlkampf unterlegen sei, dem neuen Reichspräsidenten Ehrfurcht und Ehrerbietung entgegenbringe, wie sie sie auch dem verstorbenen Reichspräsidenten dargebracht habe.

Coolidge zur Wahl Hindenburgs.

Newport, 27. April. Wie aus Washington gemeldet wird, erklärte Präsident Coolidge heute vor Pressevertretern, daß er zur Präsidentenwahl in Deutschland nicht Stellung nehmen wolle, da sie eine innere Angelegenheit und er zu einer Stellungnahme nicht befugt sei. Staatssekretär Hoover sprach sich heute ähnlich wie Mellon dahin aus, daß das Wahlergebnis in Deutschland nicht ausregend wichtig sei, denn hinter dem Reichspräsidenten Hindenburg ständen maßgebende deutsche Wirtschaftskreise. Ihre Hilfe und Hindenburgs enschlüssener Wille würden für die Schaffung stabiler Verhältnisse in Europa nur von Vorteil sein.

Tschangtsolin Gouverneur von Tsingtau.

Berlin, 29. April. Wie die Morgenblätter melden, wurde nach einem Reuters Telegramm aus Peking Tschangtsolin zum Militär-Gouverneur von Tsingtau ernannt. Durch diese Ernennung in Verbindung mit dem ihm kürzlich übertragenen Kommando befehligt Tschangtsolin tatsächlich das gesamte westliche China von Mtschin bis Schanghai.

Zeppelinexpedition zum Nordpol.

Unter Frithjof Nansen's Führung.

Nach einer Konferenz mit Dr. Edener hat Frithjof Nansen beschlossen, eine Nordpol-Expedition mit einem deutschen Zeppelin zu versuchen. Nansen will sich an die norwegische Regierung wenden, um sie zur Unterstützung zu bewegen. Der Nordpolzeppelin soll in Friedrichshafen gebaut werden, in demselben Muster, aber etwas kleiner als Z. N. 3. Die Expedition ist nur dann möglich, wenn die Luftschiffwerften bestehen bleiben. Es ist zu erwarten, daß Frithjof Nansen an die Ententemächte einen Appell in dieser Sache richten wird.

reitz, das bei diesen Verhandlungen überhaupt nur mit halbem Herzen dabei ist, politisch Kapital daraus zu schlagen entschlossen ist.

Wir haben demgegenüber, und zwar alle, Freunde und Gegner der Kandidatur Hindenburg, jetzt nur eine Stellungnahme als selbstverständlich zu betrachten, und das ist die, neue Versuche, die klaren Bestimmungen des Versailler Vertrages wieder einmal zu umgehen, unter Vorwänden fadenheiniester Art, in fester Entschlossenheit aufs schärfste abzuweisen. Zweifellos wird aber auch die Regierung, also vor allem der Reichskanzler seinerseits das Ausland über unsere Entschlossenheit nicht im Unklaren lassen.

Vor Hindenburgs Amtsantritt.

Dr. Luther beim Reichspräsidenten.

Berlin, 28. April.

Reichskanzler Dr. Luther weilt in Hannover, um dort in einer Rücksprache mit dem Reichspräsidenten die Frage seines Amtsantritts und der dabei zu beobachtenden Formen zu besprechen. Zugleich wurde auch die augenblickliche Lage der inneren und äußeren Politik in den Kreis der Betrachtungen gezogen.

Der Stellvertretende Reichspräsident Dr. Simon hat dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg seine Glückwünsche zur Berufung in das hohe Amt des Reichspräsidenten ausgesprochen und sich sowie das Bureau des Reichspräsidenten dem Feldmarschall zur Regelung der Übersiedlung nach Berlin und zu allen sonstigen Vorbereitungen für die Amtübernahme zur Verfügung gestellt. Der Feldmarschall hat dem Stellvertreter des Reichspräsidenten seinen herzlichen Dank ausgesprochen.

Die bei einigen Zeitungen ausgegebenen Nachrichten, die von einer Verlegung des Präsidentenstübes nach Potsdam sprachen, sind natürlich abwegig. Selbstverständlich nimmt der Präsident seine Wohnung in Berlin. Die Gerüchte sind vielleicht daraus entstanden, daß Reichspräsident Hindenburg möglicherweise schon vor der offiziellen Einführung sich bei seinem Neffen General v. Lewinski aufhalten wird, der in Potsdam wohnt.

Einzug und Eidleistung.

Wenn auch noch nichts Bestimmtes angeordnet ist, auch nicht über den Tag des Einzugs, soll das vorläufig ausgearbeitete Programm des Eintreffens des Präsidenten an dem gewählten Tage mit einem Sonderzug auf dem Potsdamer Bahnhof in Berlin in Betracht ziehen. Dort würde er von dem bisherigen Stellvertretenden Reichspräsidenten Dr. Simon in Empfang genommen und nach dem Präsidentenpalais in der Wilhelmstraße geleitet. Das Palais soll für diese Gelegenheit einen besonders feierlichen Schmuck erhalten. Die Fahrt von dem

Bahnhof zum Palais dürfte auf dem kürzesten Wege erfolgen, ohne daß irgendwelche ausgedehnten Begrüßungsfeierlichkeiten bei der Ankunft stattfinden, da Hindenburg solche nicht wünschen soll. Vom Palais würde sich der Präsident sofort oder am nächsten Tage in die Volleröffnung des Reichstages begeben, wo er den Eid auf die Verfassung in die Hände des Reichstagspräsidenten Löbe ablegen wird. Der Eid hat bekanntlich folgende Fassung:

„Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, die Verfassung und die Gesetze des Reiches wahren, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde.“

Die Beifügung einer religiösen Beteuerung zu dem Eid ist zulässig, aber nicht erforderlich. Später würden im Palais die Vertreter der Reichsregierung, die Reichs- und Staatsbehörden empfangen, denen sich Vertreter der Länder und die Botschafter und Gesandten der auswärtigen Mächte anschließen. Für den Abend ist ein Fackelzug geplant, an dem sich rechtsstehende Organisationen und studentische Verbindungen beteiligten, die sich im Lustgarten sammelten und vor das Präsidentenpalais zögen.

Das ergänzte Wahlergebnis.

Über 30 Millionen Wähler.

Das ergänzte vorläufige Gesamtergebnis der Reichspräsidentenwahl vom 26. April bringt folgende Zahlen:

Hindenburg	14 648 773
Marx	13 760 089
Thälmann	1 931 635
Bersplittert	21 896

Abgegeben wurden im ganzen 30 362 393 Stimmen. Der Reichswahlleiter hat bereits an den Generalfeldmarschall v. Hindenburg brieflich die Frage gerichtet, ob er die Wahl zum Reichspräsidenten annimmt, falls der Reichswahlprüfung die Wahl anerkannt. Der Reichswahlleiter betont, daß die endgültige von der vorläufigen Stimmenzahl wahrscheinlich nur wenig abweichen werde. Deshalb stellte er die Frage schon jetzt.

In parlamentarischen Kreisen nimmt man an, daß das Programm des neuen Reichspräsidenten keinen Auswechsel bedeute und daß aus diesem Grunde ein etwaiger Rücktritt der Regierung Luther nur einen formalen Höflichkeitssakt bedeute und durch die Befestigung des Kanzlers und der Minister im Amt seine Erledigung finden werde. Das Kabinett hat noch keine Beschlüsse gefaßt und wird erst nach der Rückkehr des Reichsarbeitsministers Dr. Traus einen Kabinettsrat abhalten.